

# Unlauter und provinziell

Gastkommentar

von PHILIPP AERNI

In jüngster Zeit häufen sich in der Presse die Beiträge, die den ehemaligen Präsidenten der katalanischen Autonomieregierung, Carles Puigdemont, als gehetztes Opfer der spanischen Behörden darstellen. Zumeist wird argumentiert, dass die Klage der spanischen Justiz politisch motiviert und somit eine Auslieferung nicht zu rechtfertigen sei.

Puigdemont ist es gelungen, einen Mythos in die Öffentlichkeit zu tragen, welcher das Unabhängigkeitsstreben Kataloniens als etwas Rechtmässiges, ja geradezu Natürliches erscheinen lässt. Er porträtiert die katalanische Geschichte als eine Erzählung des Widerstandes gegen die Unterdrückung Spaniens und blendet dabei die gemeinsame Geschichte sowie das gemeinsam Erreichte völlig aus.

Seit fast vierzig Jahren ist Spanien eine Demokratie, und seine autonomen Regionen verfügen über Selbstverwaltungsrechte, die mit denen von deutschen Bundesländern vergleichbar sind. Die damit verbundenen neuen Freiheiten legten den Grundstein für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg Kataloniens innerhalb Spaniens. Das passt jedoch nicht in die katalanische Mythenerzählung, in der sich stolze katalanische Nationalisten gegen ein angeblich fremdes und rückständiges Spanien zur Wehr setzen. Es handelt sich dabei um eine nicht sehr appetitliche Kombination von chauvinistischem und provinziellem Denken, das im Widerspruch zum kosmopolitischen Geist der Metropole Barcelona steht.

Dieses Heldenepos steht auch im Widerspruch zur Tatsache, dass die Katalanen als Händler im demokratischen Entscheidungsprozess in Madrid bis vor kurzem ziemlich erfolgreich waren. So schafften sie es im Jahr 2006 unter der sozialistischen Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero, ein revidiertes und erweitertes Autonomiestatut durchzubringen, in dem Katalonien als Nation bezeichnet wird. Mariano Rajoy und seiner konservativen Oppositionspartei Partido Popular (PP) ging dies jedoch zu weit, und es wurde Klage beim Verfassungsgericht eingereicht. Dieses entschied 2010, dass bestimmte Artikel im Statut tatsächlich nicht mit der Verfassung kompatibel seien. Unter anderem musste der Satz in der Präambel gestrichen werden, wonach Katalonien eine Nation sei.

Zu allem Übel für die Katalanen wurde 2011 die verhasste PP auch noch in die Regierung und somit Mariano Rajoy zum Regierungschef gewählt. Das Verständnis für Kataloniens Unabhängigkeitsstreben hat in Madrid entsprechend nachgelassen. Aber ist es nicht charakteristisch für eine

Demokratie, dass sich der politische Wind temporär ändern kann? Für die katalanischen Nationalisten scheint das demokratische Modell jedoch nur akzeptabel, wenn die Entscheidungen zu ihren Gunsten verlaufen. Da dies seit Rajoy nicht mehr der Fall ist, wird das moderne Spanien in der politischen Rhetorik seither mit dem zuvor herrschenden repressiven und faschistischen Franco-Regime gleichgesetzt. Es ist dann nur folgerichtig, die Katalanen zu zivilem Ungehorsam aufzurufen, um die ersehnten politischen Rechte zu erlangen.

Als schliesslich letztes Jahr das spanische Verfassungsgericht das geplante Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien für illegal erklärte, zeigten Carles Puigdemont und seine Truppe nicht das geringste Interesse am Dialog mit Madrid. Der Entscheid wurde ignoriert, und der Rest des Dramas ist ausreichend dokumentiert. Doch kaum eine Zeitung ausserhalb Spaniens erörtert den Kollateralschaden, nämlich die Vergiftung des politischen Klimas in Spanien und das rapid schrumpfende Verständnis der Regeln der Demokratie und des Rechtsstaates in der europäischen Öffentlichkeit.

Gemäss dem Semiologen Roland Barthes werden Mythen in der Politik verwendet, um die eigene Position als die «natürliche» und somit «moralische richtige» darzustellen. In der mythischen Rede findet daher eine Deformation und zugleich eine Vereinfachung der komplexen Realität statt. Sie ist populär, weil sie Sinn, Orientierung und Identität stiftet, und das ohne Eigenanstrengung. Die katalanische Identität und der ihr zugrunde liegende Mythos bedürfen daher eines Mariano Rajoy, denn ohne ihn, oder besser gesagt die mediale Darstellung seiner Person, gäbe es keine überzeugende Unterdrückungsgeschichte.

Als Verstossener, der sich auf einer Irrfahrt durch Europa befindet und schliesslich als nobler «Ex-Staatsmann» die Demütigung einer temporären Verhaftung erleben muss, wird Carles Puigdemont in den Medien gern als tragischer Held dargestellt, der im Exil für die Rechte seines Volkes kämpft – der ideale Nährboden für den Export des katalanischen Mythos in europäische Geschichtsbücher.

Die daraus resultierende Entpolitisierung des Politischen gefährdet jedoch langfristig das Fundament des demokratischen Rechtsstaates. Dieses basiert nämlich auf dem aktiven, informierten und kritisch denkenden Bürger, der sich gegen geistige Bequemlichkeit wehrt und die Mythen der Politiker nicht passiv konsumiert, sondern aktiv hinterfragt.

Philipp Aerni ist Direktor des Zentrums für Unternehmensverantwortung und Nachhaltigkeit (CCRS) der Universität Zürich.

NZZ, 12. Mai, Seite 10